

Der Briefetal-Bote erscheint  
Dienstag, Donnerstag, Sonn-  
abend und Sonntag. Der  
Bezugspreis beträgt monat-  
lich 1,20 RM. zuzüglich Postge-  
bühr. Die einzelne Nummer  
kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-  
schäftsstelle Birkenwerder,  
Bahnhofs-Allee 5 und von  
allen Anzeigen-Expeditionen  
angenommen. Die neugepal-  
tene Peltzelle kostet 25 Pfennig,  
die Reflamzelle 1 RM.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen  
Neuendorf, Borgsdorf,  
Briese, Lehnitz, Stolpe  
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ  
Frohna, Summt  
und Umgegend  
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 176 Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005 Sonnabend, den 8. November 1930 Postfachkonto Berlin 62 448 29. Jahrg

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ein Hund als zugelaufen gemeldet.  
Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des  
Gutes Stolpe ist erloschen.  
Birkenwerder, den 7. November 1930.  
Der Amtsvorsteher. Blank.

### Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Die Grundvermögens- und Hauszinssteuer für den Monat  
November d. Js. sowie alle restlichen Abgaben sind bis zum  
15. November 1930  
in die hiesige Gemeindekasse zu entrichten.  
Bei verspäteter Zahlung gelangen von dem auf die Fälligkeit  
folgenden Tage ab 10 Prozent Verzugszinsen zur Erhebung.  
Borgsdorf, den 7. November 1930.  
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

### Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die  
Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Land-  
gutes August Gabriel und des Rittergutes zu Schönfließ erloschen ist.  
Die zur Bekämpfung der Seuche angeordneten Schutzmaßregeln  
sind aufgehoben.  
Bergfelde, den 7. November 1930.  
Der Amtsvorsteher. Wolpert.

### Hohen Neuendorf.

Der Polizeibewachmeister Karl Fricke von der Schutz-  
polizei Stettin ist als Polizeivollzugsbeamter auf Probe für den  
hiesigen Amtsbezirk eingestellt worden.

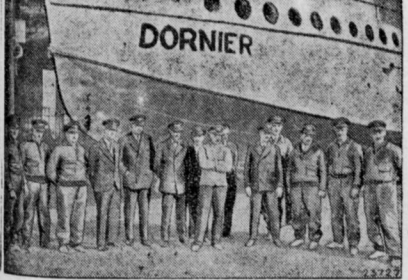
### Patentstreit Rohrbach-Dornier

Durch die Presse ist bekannt geworden, daß zwischen den  
Firmen Rohrbach und Dornier ein Patentstreit entbrannt  
ist, der die Motorenanlagen des „Do. X“ zum Gegenstand  
hat. Die Rohrbachwerke erklären jetzt, daß durch die An-  
erkennung der Motoren des „Do. X“ zweifelsfrei ein Rohrbach-  
patent verletzt werde. Die Rohrbachwerke verhandeln  
wegen dieser Patentverletzung schon seit sechs Monaten mit  
der Firma Dornier.  
Am Interesse der deutschen Luftfahrt wünschten auch die  
Rohrbachwerke, daß es sich vermeiden lasse, in dieser Frage  
die Gerichte in Anspruch zu nehmen. Daß die Patentstreit-  
igkeiten gerade jetzt bekanntwerden, ändere nichts an der  
Tatsache, daß sie seit Monaten bestehen.

### „Do. X“ fliegt erst Sonnabend weiter

Amsterdam, 7. November.  
Der Start des „Do. X“ zum Weiterflug nach Calshot,  
dem Flughafen von Southampton, wird voraussichtlich erst  
im Laufe des Sonnabendvormittags erfolgen. Voraus-  
setzung ist, daß die Wetterbedingung, die bisher verhältnis-  
mäßig günstig lauten, nicht schlechter werden.

Ein Vorfürsprung über Amsterdam und seine Um-  
gebung sowie voraussichtlich auch über Eindhoven und  
den Haag wird am heutigen Freitag ausgeführt werden.



„Do. X“ in Amsterdam.

### Wasserkrankungen durch verdorbene Wurst

Reutlingen, 7. November.  
Durch den Genuß von nicht einwandfreier Wurst sind  
23 Personen in Märgerküchen erkrankt, von denen eine  
60 Jahre alte Frau bereits gestorben ist.

### Mit den Kindern in den Tod

Hamburg, 7. November.  
Die 30jährige Ehefrau Helene P., ihr vierjähriger Sohn  
und ihr zweijähriges Töchterchen wurden, in der Küche ihrer  
Wohnung tot aufgefunden. Der Tod ist durch Gasvergiftung  
eingetreten. Der Beweggrund zur Tat wird in feilscher  
Beschäftigung gesucht. Die Frau, die ein Konfitürengeschäft  
betrieb, lebte von ihrem Mann getrennt; die Ehescheidung  
war eingeleitet.

### Deutscher Vorkrieg in Genf

Eröffnung der 7. Tagung des Vorbereitungsausschusses  
Genf, 7. November.

Die 7. Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsaus-  
schusses wurde von dem holländischen Botschafter in Paris,  
Laudon, dem langjährigen Vorsitzenden des Ausschusses,  
eröffnet. 32 Staaten sind bei den Verhandlungen vertreten,  
von den Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes haben wie  
früher, die Vereinigten Staaten, Rußland und die Türkei  
Vertreter entsandt. Besonders Interesse begegnet auch  
diesmal wieder die russische Delegation unter Führung von  
Litwinoff. Die meisten Regierungen sind durch dieselben  
Persönlichkeiten wie bei den früheren Tagungen vertreten,  
so Frankreich durch Magill, England durch Lord Robert  
Cecil, Deutschland durch Graf Bernstorff, Italien durch Ge-  
neral de Marinis, die Vereinigten Staaten durch Gibson.

Laudon gab eine kurze Darstellung der Ergebnisse der  
Londoner Konferenz, der Verhandlungen des Sicherheits-  
komitees und der diesbezüglichen Beschlüsse der letzten Völ-  
kerbunderversammlung. Die Aufgabe des Ausschusses sei die  
Formulierung der Methoden für eine Begrenzung und Her-  
abhebung der Rüstungen. Das Ideal einer vollständigen  
Abhängigkeit aller Rüstungen sei im Augenblick noch nicht  
erreichbar. Die jetzige Tagung müsse aber unbedingt zu  
einem endgültigen Abschluß ihrer Arbeiten für die Auf-  
stellung eines Konventionssentwurfes kommen. An die Aus-  
führungen Laudons schloß sich eine kurze Geschäftsordnungs-  
debatte an.

### Graf Bernstorff

erklärte, daß die Haltung der deutschen Delegation von der  
Beantwortung der Frage abhängt, ob die bisherigen, für die  
deutsche Regierung völlig unannehmbaren Beschlüsse der  
2. Lesung endgültig seien. Die deutsche Regierung könne  
einer Abrüstungskonvention, auch wenn sie nur eine erste  
Etappe darstellen sollte, nur zustimmen, wenn sie alle  
Rüstungselemente erfasse. Dieser Forderung würde die Kon-  
vention in ihrer jetzigen Gestalt nicht gerecht. Beharre die  
Mehrheit des Ausschusses auf ihrem bisherigen Standpunkt,  
dann könne man sich von den weiteren Arbeiten des Aus-  
schusses nichts versprechen, und es sei dann das Beste, die  
Arbeiten so bald als möglich zum Abschluß zu bringen, da-  
mit der Völkerbundsrat im Januar die Abrüstungskonferenz,  
auf der die politische Entscheidung über die Abrüstung falle,  
zum nächstmöglichen Termin, nämlich zum 1. November  
1931, einberufen könne. Graf Bernstorff schloß mit dem  
Hinweis, daß ein großer Teil der Anzweifelungen in der  
Welt darauf zurückzuführen sei, daß man in den letzten fünf  
Jahren nur von Abrüstung gesprochen habe, daß aber  
die Welt immer noch auf eine entscheidende Tat warte.

### Litwinoff

Der russische Delegierte Litwinoff gab eine längere  
Erklärung ab, in der er die grundsätzliche Haltung der  
Sowjetregierung zu den Arbeiten des Völkerbundes über die  
Abrüstung darlegte.

Litwinoff betonte, heute befinde sich die Welt in einem  
Zustand, der von demjenigen vor Ausbruch des Weltkrieges  
1914 sich wenig unterscheide. Der Widerstand gegen die Ab-  
rüstung sei nicht schwächer, sondern stärker geworden. Die  
Milliardebudgets von fünf Großstaaten hätten sich seit 1926,  
dem Beginn der Arbeiten des Vorbereitungsausschusses, um  
eine halbe Milliarde Dollar erhöht. Die These, erst Siche-  
rheit, dann Abrüstung, sei zu verwerfen. Beharre die Mehr-  
heit des Ausschusses auf ihrer bisherigen negativen Haltung  
in diesen Punkten, dann würde die Sowjetdelegation in  
voller Offenheit sich an den weiteren Arbeiten des Aus-  
schusses desinteressieren.

### Ein Zwischenfall

Am Anschluß an diese Erklärung Litwinoffs kam es zu  
einem Zwischenfall, als der Präsident erklärte, es sei  
ihm nicht möglich, jetzt noch die französische Uebersetzung  
der Erklärung Litwinoffs vornehmen zu lassen. Zum Pro-  
test gegen diese Anordnung des Vorkrieges verließen die  
zahlreich erschienenen Vertreter der Weltpresse geschlossen  
den Sitzungssaal.

### Kompromiß

Im weiteren Verlauf der Debatte, in die u. a. Sato-  
Japan, Cecil-England und Magill-Frankreich ein-  
griffen, wurde dahin entschieden, daß der Ausschluß zunächst  
die noch nicht in zweiter Lesung behandelten Artikel des  
Kommissionssentwurfes beraten soll. Nach dem Abschluß der  
zweiten Lesung soll dann der Ausschluß beschließen, ob eine  
Uebersetzung des gesamten Konventionssentwurfes sozuzagen  
in dritter Lesung stattfinden soll. Diese Lösung gibt der  
deutschen Delegation die Möglichkeit, ihre bekannten An-  
träge zur Frage der ausgebildeten Reserven und des Ma-  
terials noch einmal zur Entscheidung zu stellen.

### Deutscher Vorschlag in Genf

auf Feststellung des Abrüstungsstandes.  
Genf, 7. November.

Dem Abrüstungsausschuss liegt ein Antrag des Grafen  
Bernstorff über die Veröffentlichung des gegenwärtigen  
Abrüstungsstandes der einzelnen Länder vor, dessen Be-  
handlung durch die Geschäftsordnungsdebatte sichergestellt  
wurde. Es handelt sich um einen Vorschlag, der bereits für  
die Abrüstungskonferenz gedacht ist und der dahin geht, daß  
der Konferenz eine neue Liste über den Personen- und  
Materialbestand der Rüstungen der an der Konferenz teil-  
nehmenden Staaten vorgelegt wird.

Diese Liste soll als Grundlage für die Aufstellung der  
neuen Rüstungszahlen in dem Anhang der Konvention die-  
nen. Den Verhandlungen der Londoner Flottenkonferenz  
hat eine ähnliche Liste über die Flottenstärke der vertrag-  
schließenden Staaten vorgelegen. Graf Bernstorff wird den  
Antrag in den nächsten Tagen erneut einbringen und be-  
gründen.

### Englands vorsichtige Politik

Lord Cecil erklärte bei einem Empfang der Presse, daß  
die englische Delegation nicht beabsichtige, während dieser  
Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in eine  
neue Aussprache über die Frage der aus-  
gebildeten Reserven einzutreten. Die Erfassung des  
Heeresmaterials im Rahmen einer Abrüstungskonvention  
halte er für wichtig; es sei aber schwierig, eine Methode  
hierfür zu finden. Zu der Frage der Festlegung eines  
Termins für die Abrüstungskonferenz  
äußerte sich Lord Cecil sehr vorsichtig. Er meinte, das sei vor  
allem notwendig sei, durch eine entsprechende Vorbereitung  
für einen Erfolg der Konferenz zu sorgen.

### Einkommensteuerzuschlag bleibt!

Berlin, 7. November.  
Unter den 30 Gesetzesvorlagen zur Durchführung des  
Finanzprogramms der Reichsregierung, die demnächst dieser  
Reichstag beschließen werden, befindet sich ein Gesetz über  
die „Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahr  
1931“.

Dieses Gesetz sieht u. a. die Weitererhebung des Zu-  
schlags zur Einkommensteuer, der Ledigensteuer und der  
Zufuhrsteuer, die in der Notverordnung vom 20. Juni  
1930 für das laufende Etatsjahr geschaffen waren, auch für  
1931 vor.

Ein Unterschied ist infomeren eingetreten, als die öffent-  
lichen Dienst befindlichen Personen (Reichspräsident, Mini-  
ster, Beamte usw.) in Zukunft von den Zuschlägen zur Ein-  
kommensteuer befreit sein werden, da ihre Bezüge durch das  
Behaltsfürzugesetz neu geregelt werden.

### Protektstreit der Dresdener Gastwirte

Dresden, 7. November.

Als Protest gegen die am 1. November in Dresden  
eingeführte Gemeindegetränksteuer hatte der Verband des  
Gaststättenwesens von Dresden und Umgebung für Don-  
nerstag zu einer einmütigen Schließung sämtlicher Dresde-  
ner Gaststätten aufgerufen. Infolgedessen hielten fast alle  
Dresdener Gastwirtschaften und Kaffeehäuser, Wein- und  
Kost-Stuben sowie die Erfrischungsräume der Warenhäuser  
ihre Betriebe geschlossen.

Hinter dem eintägigen Proteststreit standen außer dem  
Verband des Gaststättenwesens auch die Arbeitnehmer-  
organisationen. Bedinglich die Bahnhofswirtschaften waren  
im Interesse des Reiseverkehrs geöffnet. Der Verband des  
Gaststättenwesens hat eine Eingabe an das Ministerium  
des Innern gerichtet, die Genehmigung zur Einführung der  
Steuer sofort zurückzugeben. Am Nachmittage fand eine  
große Protestversammlung im Kristallpalast statt.

Am Anschluß an die Versammlung kam es auf dem  
Schützenplatz zu Zusammenrottungen unläuterer Elemente,  
die mit lauten Rufen auch die Schließung des Dresdener  
Volkskaufes forderten. Die Polizei räumte den Platz. Zu  
irgendwelchen weiteren Ausdehnungen ist es nicht ge-  
kommen.

### Schließung aller Dresdener Gaststätten?

Die Dresdener Gastwirte haben eine Entschließung an-  
genommen, in der es heißt: Die Gastwirte sind auf keinen  
Fall zu Kompromissen wegen der Steuer bereit und fest  
entschlossen, alle weiteren Maßnahmen zu ergreifen, um dem  
beschlossenen Steuerprotest noch wirksamere Formen zu ge-  
ben. Als erste Maßnahme wird beschlossene, sämtlichen An-  
gestellten am Freitag zu kündigen und nach Ablauf der  
Kündigungsfrist alle Angestellten zu entlassen, um die Be-  
triebe bis zur Aufhebung der Getränkesteuer zu schließen.  
Die Arbeitgeber verpflichten sich, bei Wiedereröffnung das  
gesamte Personal reiflos wieder einzustellen.